



INHALT

Bundesvorstand: Leitantrag verabschiedet

Präsidium und Bundesvorstand der CDU Deutschlands haben den Leitantrag für den Düsseldorfer Parteitag Anfang Dezember einhellig verabschiedet.

Der Beschluss mit dem Titel „Wachstum, Arbeit, Wohlstand“ gehe jetzt „als gute Grundlage“ für die weiteren Beratungen in die Partei, zeigte sich Angela Mer-

kel überzeugt. Um den Parteitag und die Antragsberatung vorzubereiten, werde die CDU auch in diesem Jahr mehrere Regionalkonferenzen durchführen, kündigte die Vorsitzende an.

Oberstes Ziel des Leitantrages ist es, in Deutschland wieder ein qualitatives Wachstum zu ermöglichen, in dessen Folge neue ▶

Dokumentation
Wachstumsstrategien für
die Wissensgesellschaft
Antrag des Bundesvorstands
an den 18. Parteitag

Innenenteil

Volker Kauder:
Mut, Innovationskraft,
Patriotismus – Tugenden
für Deutschland

Seite 13–15

HEUTE AKTUELL

■ **Laurenz Meyer:** Unter Rot-Grün hinkt Deutschland hinterher (S. 4) ■ **Karl-Josef Laumann:** Stillstand statt Bewegung (S. 5) ■ **Friedrich Merz:** Nur Reformen schaffen Beschäftigung (S. 5) ■ **EU-Beitritt Türkei:** Union fordert mehr Ehrlichkeit (S. 6) ■ **Mitgliedschaft der Türkei** würde die EU dramatisch verändern (S. 7) ■ **Jürgen Rüttgers:** Ladenöffnungszeiten freigeben! (S. 8) ■ **Henning Scherf** liest Christoph Böhr (S. 9) ■ **Wulff** wieder gewählt (S. 11) ■ **Studie** über Einflussfaktoren auf Geburtenrate (S. 16) ■ **Annette Widmann-Mauz:** Betreuung und finanzielle Sicherheit für Familien – zwei Seiten der Medaille (S. 17–18) ■ **Maria Böhmer:** Ethikrat bleibt auch beim Biopatentschutz Antwort schuldig (S. 19) ■ **Dietrich Austermann:** So viel kosten uns Rot-Grün wirklich (S. 19–20) ■ **Hartmut Koschyk:** Sicherheit der Fußball-WM nicht ausreichend gewährleistet (S. 20) ■ **Christian Ruck:** Schulden nicht wahllos erlassen (S. 21)

► Arbeitsplätze entstehen können. Mit ihren Konzepten wolle die CDU „erreichen, dass es den Menschen besser geht“, betonte die Partei- und Fraktionsvorsitzende. Dazu müssten sie jedoch erkennen, dass Deutschland an einem „Scheideweg“ angekommen sei. Jedem in Deutschland müsse klar sein, dass Wachstum nicht „regierungsamtlich verordnet“ werden könne. Vielmehr hätte eine Bundesregierung die Pflicht, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Wachstum möglich und die „Kreativität der Menschen in unserem Land sichtbar“ werde. Aufgabe der Politik sei es, die Weichen so stellen, dass den Menschen nicht die Chancen genommen würden. Deshalb dürfe das „Bestehende nicht einfach weiter in die Zukunft“ verlängert werden. Es gelte, die rot-grüne Bundesregierung mit durchdachten Gegenvorschlägen zu konfrontieren. Auf diese Weise werde es gelingen, den Menschen wieder „eine Zukunft und eine Perspektive“ zu geben.

Nur mit einem qualitativen Wachstum werde

Deutschland dem Ziel „Arbeit für alle“ näher kommen, unterstrich Merkel. Die wichtigste „Gerechtigkeitslücke“ sei die Arbeitslosigkeit. Konkret geht es der CDU darum, im Bereich der zukunftsträchtigen Technologien neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu erschließen. Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen, fordert der Leitantrag u.a. mehr Ganztagschulen und flexiblere Arbeitszeitmodelle. Denn mit Blick auf die demografischen Veränderungen könne es sich Deutschland nicht länger leisten, dass 40% der Akademikerinnen kinderlos blieben.

Des Weiteren müssten auch die sozialen Sicherungssysteme so ausgestaltet werden, dass sie Wachstum und Beschäftigung förderten und nicht behinderten. Zudem seien in Deutschland mehr Wettbewerb und Deregulierung, sowie weniger Bürokratie vonnöten. Ausdrücklich verwies Merkel darauf, dass das Wachstum nachhaltig und dem Gebot der Bewahrung der Schöpfung entsprechen müsse.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis: jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

„Sozial ist, was Arbeit schafft“

Die Vorsitzende Angela Merkel und Generalsekretär Laurenz Meyer haben auf der ersten Regionalkonferenz den vom Bundesvorstand verabschiedeten Leitantrag zu mehr Wachstum und Arbeit in Deutschland vorgestellt.



Angela Merkel

„Der Titel ‚Wachstum-Arbeit-Wohlstand‘ zeigt, was wir wollen und mit welchem Verständnis wir an die Aufgabe rangehen“, sagte die CDU-Vorsitzende vor rund 1300 Parteimitgliedern zu dem Grundsatzpapier. Zur Halbzeit der zweiten Legislaturperiode von Rot-Grün gehe es darum, dass die CDU ihre eigenen Überzeugungen für mehr Wachstum in Deutschland präsentierte. Die CDU habe das Prinzip, „näher am Menschen“ zu sein, die Partei verstehe sich als große Volkspartei der Mitte, betonte die Parteivorsitzende. Die CDU sei die Partei der sozialen Marktwirtschaft und sozial sei heute vor allem „das, was Arbeit schafft“. Mit der Sozialen Marktwirtschaft verführe die CDU über einen „Markenkern“, mit dem es gelingen werde, die „Weichen zu Beginn des 21. Jahr-

hunderts richtig zu stellen“. Man dürfe sich nicht damit

abfinden, dass Langzeitarbeitslosigkeit zu einem dauerhaften Phänomen wird und Über-50-Jährige heutzutage keine Chance auf einen Job mehr hätten.

Die Konferenz in Hamm war die erste von sieben geplanten Regionalkonferenzen zum Leitantrag „Wachstum, Arbeit, Wohlstand“. Der Leitantrag soll auf dem Bundesparteitag am 6. und 7. Dezember in Düsseldorf verabschiedet werden.

Wachstum Arbeit Wohlstand Regionalkonferenz der CDU Deutschlands

Regionalkonferenzen

Datum	Zeit	LV's	
Do. 07.10.	19.30 – 22.00	NRW	Hamm ✓
Mo. 11.10.	19.00 – 21.30	Baden-Württemberg	Sindelfingen ✓
Di. 12.10.	19.30 – 22.00	Rheinland-Pfalz Hessen Saarland	Mainz ✓
Fr. 22.10.	19.00 – 21.30	Berlin Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern	Berlin
Mo. 01.11.	19.30 – 22.00	Sachsen Sachsen-Anhalt Thüringen	Halle /Saale
Do. 04.11.	19.30 – 22.00	Hamburg Bremen Niedersachsen	Fallingbostal
Fr. 05.11.	16.00 – 18:00	Schleswig-Holstein	Travemünde

Sie können sich zu der Veranstaltung in Ihrer Nähe anmelden unter: events@cdu.de

Laurenz Meyer:

Unter Rot-Grün hinkt Deutschland hinterher

Deutschland hinkt bei der Beschäftigung nach wie vor hinterher: Die Arbeitslosigkeit steigt weiter, und die Zahl der Beschäftigten sinkt: 530.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind in einem Jahr weggefallen – das sind 1500 pro Tag! Die schlimmen Folgen für die Menschen, aber auch für Steuer- und Sozialsysteme liegen auf der Hand.

Versagen auf der ganzen Linie kennzeichnet die Arbeitsmarktpolitik von Rot-Grün. Die Instrumente, mit denen die Bundesregierung und ihre Hartz-Kommission für Besserung sorgen wollten, sind vollständig wirkungslos geblieben. Statt jährlich 350.000 neuer Jobs durch die Personal Service Agenturen sind kümmerliche 16.000 herausgekommen; nur 180.000 statt der versprochenen 500.000 Existenzgründungen haben die „Ich-AGs“ gebracht, und statt der versprochenen 120.000 neuen Jobs hat das „Kapital für Arbeit“-Programm nur 13.000 Stellen bewirkt. Und der „Job-Floater“, der nur 13.000 statt der



Laurenz Meyer

versprochenen 100.000 Stellen gebracht hat, ist still und leise beerdigt worden.

Das ganze kommt Steuer- und Beitragszahler teuer zu stehen: Der „Job-Floater“ schlug mit rund 72.000 Euro pro Arbeitsplatz zu Buche, die „Ich-AGs“ kosten die BA in diesem und im vergangenen Jahr 1,1 Milliarden Euro.

Zugleich bleibt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt desaströs. Die Verantwortung dafür trägt die Bundesregierung: Angesichts einer Wirtschaftspolitik, die jedes Jahr die Pleite von 40.000 Unternehmen zur Folge hat, kann das Fehlen von über 30.000 Ausbildungsplätzen niemanden verwundern.

Deutschland muss sich auf eine Politik für Wachs-

tum, Arbeitsplätze und Wohlstand konzentrieren. Nur ein Gesamtkonzept, das Steuersystem, Arbeitsmarkt und Sozialsysteme zukunftsfähig macht und die Wachstumskräfte von mehr Wettbewerb, Innovation, Bildung und Forschung freisetzt, wird eine Wende zum Besseren bringen. Statt die Konzepte der Opposition zu kritisieren, soll die Bundesregierung sagen, was sie selbst tun will, um statt den Mangel zu verwalten, den Arbeitsmarkt wieder in Schwung zu bringen.

FAKTEN

- im September waren 4.256.700 Männer und Frauen ohne Arbeit – 48.900 mehr als vor einem Jahr
- mit mehr als 160.000 Erwerbslosen in Trainingsmaßnahmen ist dies der höchste September-Stand seit der Wiedervereinigung
- die Bundesagentur für Arbeit prognostiziert im Winter 5 Millionen Arbeitslose
- jeder zehnte erwerbsfähige Deutsche ist arbeitslos
- jeder fünfte erwerbsfähige Ostdeutsche ist arbeitslos



Karl-Josef Laumann

Stillstand statt Bewegung

Am Arbeitsmarkt herrscht nach wie vor Stillstand statt Bewegung. Obwohl sich die Konjunktur langsam verbessert, kommt der Arbeitsmarkt nicht in Gang. Ein positiver Beschäftigungsschub ist weit und breit nicht in Sicht. Der Abbau von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen setzt sich jeden einzelnen Tag fort.

Weit über vier Millionen Arbeitslose und gut 30.000 junge Menschen ohne Lehrstelle werden mittlerweile dauerhaft von einer sinnvollen Beschäftigung ausgeschlossen. Das ist ein Skandal ersten Ranges. Wir dürfen diese Entwicklung nicht einfach hinnehmen.

Anstatt unser Land konsequent wettbewerbsfähiger zu machen, sieht Rot-Grün tatenlos zu, wie ein Arbeitsplatz

nach dem anderen von der Bildfläche verschwindet.

Ich fordere die Bundesregierung daher auf, noch in diesem Jahr einen nationalen Aktionsplan vorzulegen, wie Arbeitsplätze gesichert werden und neue Jobs entstehen können. Hartz IV bleibt Stückwerk, wenn wir nicht ein Gesamtkonzept auf den Weg bringen, das Arbeit und Investition in Deutschland wieder attraktiv macht.

Karl-Josef Laumann ist Vorsitzender der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der Bundestagsfraktion.

Nur Reformen schaffen Beschäftigung

Die Zahl der Sozialversicherten ist im Juli 2004 erneut gesunken. Nur noch 26,3 Mio. Beschäftigte tragen die Lasten der sozialen Sicherungssysteme. Das waren 140.000 weniger als im Vormonat und 530.000 weniger als im Juli 2003.

Trotz des von der Bundesregierung erwarteten Wirtschaftswachstums von 2% im Jahresdurchschnitt werden weiterhin Arbeitsplätze abgebaut. Dies zeigt, dass die Beschäftigungsschwelle in Deutschland nach wie vor viel zu hoch ist. Nur durch weitergehende Strukturformen zur Flexibilisierung



Friedrich Merz

des Arbeitsmarktes können neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Das bestehende Kündigungsschutzgesetz verhindert, dass neue Beschäftigung entsteht, und kann die Arbeitnehmer vor Entlassung nicht schützen. Deshalb ist die Beseitigung der bestehenden Einstellungshemmnisse notwendig. Mit dem Arbeitsrechtsmodernisierungsgesetz hat die Union entsprechende Vorschläge vorgelegt. Die Beteiligten vor Ort, Unternehmensführung und Betriebsrat, wissen am Besten, wie die Arbeitsplätze gesichert werden können. Diese Reformen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes werden insbesondere den Interessen der Arbeitnehmer gerecht. Sie erhalten so eine Perspektive, ihre Zukunft durch einen Arbeitsplatz zu sichern.

Friedrich Merz ist der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion.

EU-Beitritt Türkei

Union fordert mehr Ehrlichkeit

Die CDU/CSU-Fraktion will bei den Staats- und Regierungschef und in der Europäischen Volkspartei dafür werben, die Option der privilegierten Partnerschaft in die Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei einzubeziehen.

„Die Türkei ist von großer geostrategischer Bedeutung für Europa“, sagte Merkel. Eine privilegierte Partnerschaft sei ein „Angebot an die Türkei“ für ein enges und besonderes Verhältnis.

Die Stellungnahme der EU-Kommission sei jedoch ein Bericht „voller Selbstzweifel“, ob die Beitrittsverhandlungen der richtige Weg seien. Merkel begrüßte es deshalb, dass die Kommission mit der Türkei ergebnisoffen verhandeln wolle. Dennoch sei es nach dem Beginn der Verhandlungen nur bei schwersten Verwerfungen möglich, diese ohne einen Beitritt zu beenden, zeigte sich Merkel überzeugt. Deshalb streue die EU-Kommission den Menschen über die wahren Tatsachen „Sand in die Augen“, so Merkel.

Die EU-Kommission hatte zuvor den Staats- und Regierungschefs empfohlen,



Angela Merkel

Verhandlungen über den Beitritt der Türkei zur Europäi-

schen Union aufzunehmen. Kommissionspräsident Romano Prodi hatte dies im EU-Parlament mitgeteilt.

Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Wolfgang Schäuble sprach sich für das Modell der privilegierten Partnerschaft aus. „Damit wird die Türkei nicht zurückgestoßen und die Chance einer wirklichen politischen Integration Europas bleibt gewahrt“, sagte Schäuble.

IFO-INSTITUT: „WIR VERHEBEN UNS“

Der Präsident des Münchner Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, riet von einer Aufnahme der Türkei in die EU ab. „So wünschenswert und sinnvoll ein Türkei-Beitritt ganz langfristig vielleicht sein mag – Finger weg: Wir verheben uns“, sagte der Wirtschaftsexperte der „Passauer Neuen Presse“.

Ökonomisch seien die zweistelligen Milliardenbeträge, die der Türkei aus EU-Geldern zustehen würden, „nicht das Hauptproblem“. Schließlich verteilten sich die Lasten auf 25 Staaten, so Sinn. „Das wirkliche Problem liegt darin, dass die Türkei sehr groß ist: 70 Millionen Einwohner und in 10 bis 15 Jahren das bevölkerungsreichste Land Europas.“ Die Löhne dort lägen noch unter dem Niveau von Osteuropa. In einer Übergangszeit von mehreren Jahrzehnten würden im Hochlohnland Deutschland die Löhne im unteren bis mittleren Bereich bereits durch den EU-Beitritt der Ostländer unter Druck geraten, sagte er. „Wenn auch noch die Türkei beitrifft, wird die Zahl der Verlierer unter den deutschen Arbeitnehmern noch größer.“

EU-Beitritt Türkei

Mitgliedschaft der Türkei würde die EU dramatisch verändern

Eine Mitgliedschaft der Türkei werde die Europäische Union dramatisch verändern, hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, Hans-Gert Pöttering, anlässlich der Vorlage der Empfehlungen der Kommission im Hinblick auf den Beitritt der Türkei gewarnt.

In einer Aussprache mit Kommissionspräsident Romano Prodi und dem verantwortlichen Kommissar Günter Verheugen sagte Pöttering: „Wenn die Türkei Mitglied der Europäischen Union wird, wird dies eine andere Union sein“. Er wies auf die Größe des Landes hin, das schon heute eine Bevölkerung von 70 Mio. habe, 2020 voraussichtlich bereits 90 Mio. Einwohner zählen werde. Der Lebensstandard der Bevölkerung erreiche nur die Hälfte des Niveaus der jetzt beigetretenen neuen Länder. Geographisch werde die Europäische Union im Falle eines Beitritts der Türkei bis weit nach Asien hineinreichen. Darüber hinaus würde die Europäische Union auch im Hinblick auf die gemeinsame Kultur durch einen Beitritt



Hans-Gert Pöttering

der Türkei eine enorme Veränderung erfahren.

Pöttering übte scharfe Kritik an Äußerungen Verheugens, der in den vergangenen Tagen gesagt hatte, dass es in der Türkei keine 'systematische Folter' gebe. „Dies ist das Unwort des Jahres 2004, nämlich eine zynische Bestätigung für die fortdauernde Existenz der Folter“, erklärte Pöttering. „Wir erwarten von dem zuständigen Kommissar Verheugen, dass er keine politischen Gefälligkeitsurteile trifft, sondern eine klare Sprache im Hinblick auf die Menschenrechte in der Türkei spricht“, sagte Pöttering weiter. Sollten die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen im Dezem-

ber beschließen, die Verhandlungen mit der Türkei zu eröffnen, müssten diese 'ergebnisoffen' geführt werden. Pöttering forderte, dass ein möglicher Beschluss des Europäischen Rates über die Eröffnung der Verhandlungen mit der Türkei diese Ergebnisoffenheit explizit zum Ausdruck bringen solle. Pöttering sagte weiter, er werde sich bei den nächsten EVP-Gipfeltreffen dafür einsetzen, dass diese Ergebnisoffenheit in einem eventuellen Beschluss des Europäischen Rates klar definiert werde.

Pöttering würdigte die Leistungen der Regierung unter Tayyip Erdogan, die große Anstrengungen zu Fortschritten und Reformen in der Türkei gemacht habe, und wünschte der Regierung weiter Erfolg auf diesem Weg. „Viele dieser Reformen stehen bisher nur auf dem Papier und müssen erst noch in die Lebenswirklichkeit der Menschen in der Türkei umgesetzt werden.“

Hans-Gert Pöttering ist Vorsitzender der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament.

Jürgen Rüttgers:

Ladenöffnungszeiten freigeben!

Als „weiteres Zeichen für das drohende Ausbluten unserer Innenstädte“ hat der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU Jürgen Rüttgers die Krise bei Karstadt bezeichnet.

„Die Politik muss dafür sorgen, dass die Innenstadtlagen wieder attraktiv werden. Die Städte müssen als Wirtschaftsstandorte gestärkt werden. Dazugehört, dass der Einzelhandel in den Innenstädten für die Menschen ein attraktives Angebot bleibt. Warenhäuser wie Karstadt haben eine Magnetfunktion, von der der mittelständische Einzelhandel profitiert. Wenn Karstadt in großem Umfang seine Filialen in den Innenstädten schließt, hat das nicht nur schwerwiegende Folgen für die unmittelbar Betroffenen. Auch der übrige Einzelhandel ist mittelbar betroffen, weil die Innenstädte ein weiteres Stück Attraktivität verlieren. Die Krise von Karstadt darf nicht zur Krise der Innenstadt werden.“

Rüttgers: „Um Innenstadtlagen zu unterstützen, muss jetzt auch in Nordrhein-Westfalen die Bevormundung beim Ladenschluss fallen. Die Ladenöffnungszeiten sollen bis auf die Sonn- und Feier-



Jürgen Rüttger

tage freigegeben werden. Händler und Kunden sollen selbst entscheiden können.“

Rüttgers: „Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen für den Einzelhandel. Das

heißt vor allem Bürokratieabbau und Verbesserung der Infrastruktur. Der Einzelhandel erwartet schnelle Genehmigungen, die Abschaffung überflüssiger Kontrollen und mittelstandsfreundliche Verwaltungen. Mit der bürokratischen Bevormundung muss jetzt Schluss gemacht werden. Die ungebremste Eskalation der Einzelhandelsstandorte auf der grünen Wiese muss gestoppt werden. Wir brauchen eine verbraucher-nahe Versorgung. Die Wege zum Einkaufen dürfen nicht immer länger sondern müssen kürzer werden.“

GRATULATION!

Michael Arntz, mittlerweile seit 18 Jahren Kreisgeschäftsführer der CDU Rhein-Erft, wurde jetzt für 30 Jahre Mitgliedschaft in der CDU geehrt.

Mit großer Freude nahm er die von der CDU-Bundesvorsitzenden, Angela Merkel MdB, dem Vorsitzenden der CDU NRW, Jürgen Rüttgers MdL, und dem Vorsitzenden der CDU Rhein-Erft, Michael Breuer MdL, unterschriebene Urkunde entgegen.

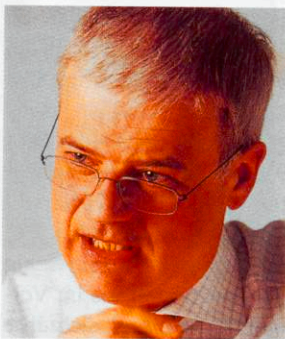
Michael Breuer MdL würdigte in seiner Laudatio das Wirken und das Engagement für die CDU. Breuer: „Michael Arntz ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Partei geworden. Sein Engagement für die Partei, in seiner Funktion als Geschäftsführer der CDU Rhein-Erft und der CDU in der Europaregion Mittelrhein, geht weit über das normale Maß hinaus. Ich danke Michael Arntz für seine Arbeit und seine Zuverlässigkeit in 30 Jahren aktiver Mitgliedschaft.“

Henning Scherf liest Christoph Böhr

Bremens Bürgermeister stellt „Gesellschaft neu denken“ vor

Die Politik darf das Ziel Vollbeschäftigung nicht aufgeben und muss an der sozialen Marktwirtschaft festhalten. – Eine These des Buches „Gesellschaft neu denken. Einblicke in Umbrüche“ von Christoph Böhr, die Laudator Henning Scherf im Rahmen der Präsentation in der Berliner Konrad-Adenauer-Stiftung gerne aufgriff.

„Christoph Böhr ist so ein Typ wie ich, Arbeit für alle, eben weil dies aus der Würde des Menschen abgeleitet ist, das gefällt mir“, lobt der Sozialdemokrat Scherf den Christdemokraten Böhr. Durch das Buch bewiese der Rheinland-Pfälzer erneut, dass er über den Tag hinaus denke, und nicht nur auf die morgendliche Schlagzeile schiele. Die Zielvorstellungen Böhrs seien wichtig und richtig: Man dürfe das Ideal der Vollbeschäftigung nicht aufgeben. Im Gegensatz zu Böhr tritt Scherf zwar nicht für einen Wettbewerbsföderalismus ein – das stelle der Politiker heraus. Es sei für ihn aber ein Gewinn gewesen zu lesen, dass Böhr einen Grundoptimismus an



Christoph Böhr

den Tag lege, Lösungsvorschläge mache und nicht – wie viele Politiker – die derzeitige Lage nur schwarz male.

Für Christoph Böhr ist Vollbeschäftigung auch heute möglich. „Dies ist nicht nur wirtschafts- und sozialpolitisch geboten, sondern auch eine Verpflichtung aufgrund unseres christlichen Menschenbildes. Die Beteiligung am Arbeitsleben ist eine Grundvoraussetzung zur Entfaltung der Persönlichkeit“, sagte Böhr. Es sei wichtig zu betonen, dass die wirtschaftliche Misere und die hohe Arbeitslosigkeit kein unumstößliches Schicksal, sondern Ergebnisse einer verfehlten Politik seien. Drei

Schritte seien zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in erster Linie wichtig: eine umfassende Steuerreform und eine Sozialreform zur Senkung der Lohnnebenkosten. „Das Erfolgsmodell der Union war immer, einen Mittelweg zwischen Manchester-Kapitalismus und Sozialismus zu finden. Ein neues Programm der Union kann nur erfolgreich sein, wenn es diesen Mittelweg beibehält“. Wie Christoph Böhr sich diesen Weg vorstellt, hat er in „Gesellschaft neu denken“ skizziert.

Christoph Böhr
Gesellschaft
neu denken
Vorschläge in Interviews

„Gesellschaft neu denken“

versammelt eine Reihe von Aufsätzen, die Christoph Böhr seit dem Fall der Mauer verfasst hat. In ihnen setzt er sich mit den drängenden Fragen der Zeit auseinander.

Christoph Böhr: Gesellschaft neu denken

Societäsverlag, Frankfurt, 2004, ISBN 3-7973-0895-7

■ **Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr: Bayern und Sachsen vorne:**

Laut Statistischem Bundesamt wuchs das BIP im ersten Halbjahr 2004 real um 1,8 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. In den alten Ländern lag der Zuwachs bei 1,8 %, in den neuen Ländern bei 1,5%. Ausschlaggebend für die Belebung war das Verarbeitende Gewerbe, das ein Plus von 4,9 % zu verzeichnen hatte. Vom Baugewerbe, sowie von Handel und Dienstleistungen gingen dagegen keine positiven Impulse aus. Spitzenreiter unter den Ländern waren Bayern und Sachsen mit einem Plus von 2,3 %.

■ **Mehr Hochschulabsolventen:** 218.100 Prüfungsteilnehmer schlossen 2003 ihr Studium an deutschen Hochschulen erfolgreich ab, fast die Hälfte davon waren Frauen. Damit ist die Zahl der Hochschulabsolventen im Vergleich zu 2002 um 4,6% gestiegen. Die meisten Hochschulabgänger (44 %) erlangten ein Universitätsdiplom oder einen entsprechenden akademischen Grad, während ein Drittel das Studium mit einem Fachhochschulabschluss beendete. 11% erwarben einen Dokortitel. Rund 5.500 Studierende schlossen mit

einem der im Jahr 2000 neu eingeführten Bachelor- und Masterabschlüsse ab.

■ **Ifo-Index erneut leicht gesunken:**

Der Ifo-Geschäftsklimaindex war im September wie bereits im Vormonat rückläufig. Der Konjunkturindikator sank geringfügig von 95,3 auf 95,2 Punkte. Dabei bewerteten die befragten Unternehmen ihre zukünftigen Geschäftsaussichten ein wenig pessimistischer als im Vormonat, während sich ihre Einschätzung der aktuellen Lage minimal verbesserte.

■ **Deutschland fällt bei Investitionen aus dem Ausland zurück:**

Der Weltinvestitionsbericht 2003 der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung stellt für Deutschland fest: Während 2002 ausländische Unternehmen noch rund 36 Mrd. Dollar in der Bundesrepublik investiert hatten, sind die Auslandsinvestitionen im vergangenen Jahr um rund zwei Drittel auf 12,9 Mrd. zurückgegangen. Inoffiziell weisen UNCTAD-Ökonomen auch auf die unzureichenden Standortbedingungen in Deutschland hin. Deutschland in der Tabelle der attraktivsten Standorte von Platz vier auf Platz zwölf ab.

■ **Die Konjunkturerholung geht am Handwerk vorbei:**

Die selbständigen Handwerksbetriebe setzten nach Angaben des Statistischen Bundesamts im zweiten Quartal 1,7% weniger um als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Der Zentralrat des Handwerks rechnet damit, dass in der Branche 2004 erneut bis zu 150.000 Arbeitsplätze verloren gehen und die Zahl der Handwerker erstmals unter fünf Millionen fällt.

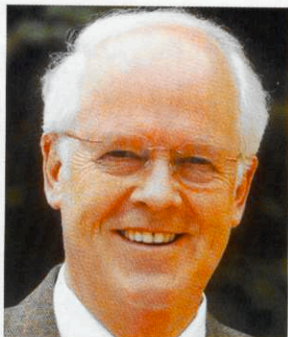
■ **Öffentliche Einnahmen sinken stärker als Ausgaben – 70 Milliarden Euro Defizit:**

Nach den Ergebnissen der Kassenstatistik des Statistischen Bundesamtes gingen im ersten Halbjahr 2004 die Einnahmen der öffentlichen Haushalte (Bund, Sondervermögen des Bundes, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) um 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zurück; die Ausgaben sanken nur um 0,2 Prozent. Die Einnahmen der öffentlichen Hand betragen von Januar bis Juni 2004 insgesamt 429,7 Mrd. Euro, während die Ausgaben ein Volumen von 500,8 Mrd. Euro erreichten. Daraus ergibt sich für das erste Halbjahr ein gesamtstaatliches Finanzierungsdefizit von 70,4 Mrd. Euro.

Wulff wieder gewählt

Mit der Wiederwahl des Bundesvorsitzenden Otto Wulff und einem umjubelten Auftritt des Fernsehmoderators Max Schautzer fand die 10. Bundesdelegiertenversammlung der Senioren-Union der CDU Deutschlands statt.

Auf Wulff, der die CDU-Senioren-Organisation seit 2002 führt, entfielen 87,7 % der abgegebenen Stimmen. Wulff wie auch der von der ARD nach 39 Jahren in diesem Frühjahr gekündigte Schautzer wandten sich mit scharfen Worten gegen „zunehmende Altersdiskriminierung“ und „grassierende Jugendwahn“. Wulff kündigte an, dass die Senioren-Union durch Mitglieder eine



Otto Wulff

Verfassungsklage anstrengen werde, falls die im europäischen Recht verankerten Normen gegen Altersdiskriminierung nicht auch in Deutschland umgesetzt würden. Schautzer, der erstmals auf einem politischen Kongress sprach, wandte sich gegen den auch in

seiner Branche vorhandenen Trend, dass „gespritzt, geglättet und geschluckt“ werde, nur um Anzeichen des Alterns zu verbergen. Schautzer: „Das Alter ist kein Nachwort zum Leben.“ In Ihrer Rede würdigte die Gastrednerin Angela Merkel die Lebensleistung der Senioren und ermunterte sie, sich auch zukünftig in die Politik einzumischen. „Ohne die Arbeit der Senioren wären die Erfolge der CDU nicht möglich gewesen,“ hob die die Vorsitzende der CDU Deutschlands hervor. Die CDU habe immer davon profitiert, dass die „Älteren“ ihre Erfahrung in die tägliche politische Arbeit eingebracht hätten. Dies müsse so bleiben.

KAMPETER WIRBT FÜR DEUTSCHE MUSIK

Mit einem Geschenkpaket Deutscher Musik haben der Bundestagsabgeordnete Steffen Kampeter und der Präsident des Bundesverbandes der phonographischen Wirtschaft, Gerd Gebhard, bei Angela Merkel für eine stärkere Präsenz deutscher Künstler im Radio gewonnen.

Rosenstolz, Laith Al-Deen, 2Raumwohnung, Max Herre, Silbermond sowie weitere



deutsche Künstler bereichern nunmehr das CD-Regal der CDU-Vorsitzenden. Im Rahmen des Popkomm-Empfangs der CDU-Deutschlands hatten Merkel und Kampeter mehr als 200 Repräsentanten aus der Musikwirtschaft zu

Gast, um über die Entwicklung der deutschen Kreativwirtschaft zu sprechen. Im Mittelpunkt der Gespräche stand vor allem die Forderung von Musikern, innerhalb der öffentlich-rechtlichen Rundfunkprogramme deutschen Künstlern mehr Raum zuzugestehen. Diese Forderung wird von Merkel und Kampeter, der Vorsitzende des CDU-Dialogforums Musikwirtschaft ist, unterstützt.

Hermann-Ehlers-Symposium in Oldenburg

Anlässlich des 100. Geburtstages von Hermann Ehlers veranstaltete der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) gemeinsam mit dem Landesverband der CDU und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg ein Symposium zum Gedenken an den Gründer und ersten Bundesvorsitzenden des EAK.

Die Veranstaltung wurde vom Bischof der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg, Peter Krug, und dem Vorsitzenden des Landesverbandes Oldenburg der CDU, Manfred Carstens MdB, in der örtlichen Akademie der Ev.-Luth. Kirche eröffnet. Der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff sprach zu Beginn des Symposiums zu den über dreihundert Gästen über die Bedeutung von Hermann Ehlers für den Parlamentarismus und die christlich-demokratische Idee. Altbundespräsident Richard von Weizsäcker hob in seiner Ansprache die Integrationsleistung des Evangelischen Arbeitskreises und namentlich die von Hermann Ehlers hervor, der es zu verdanken sei, dass der politische Protestantismus in die Union eingebunden wurde. In diesem Sinne sei das „U“ im Parteienamende wesentliche Kategorie. Der Präsi-



Foto v. links: Bischof Peter Krug, Thomas Rachel, Dr. Richard von Weizsäcker, Dr. Eckart von Vietinghoff, Manfred Carstens

dent des Landeskirchenamtes Hannover, Eckart von Vietinghoff, ging in seinem Beitrag auf die Bedeutung von Hermann Ehlers als Kirchenrechtler ein und betonte, dass die einheitliche Verfassung EKD nach dem Krieg ein maßgebliches Verdienst des Oberkirchenrates aus Oldenburg sei. Der EAK-Bundesvorsitzende, Thomas Rachel, erklärte in seiner Rede, dass auch heute jeder fehlerhaft sei, der das so wichtige politische Mandat nur noch in den Kategorien bloß nüchtern pragmatischer Machtpolitik einordne. Politik lebe in all ihrer natürlichen Unvollkommenheit und Vorläufigkeit von sehr viel mehr als der bloßen machtpolitischen Hand in den Mund. Sie sei geradezu elementar auf tragfähige Überzeugungen, Werte und Normen angewie-

sen, ohne die unser Gemeinwesen nicht existieren könnte.

Auch heutzutage komme es dem EAK nach wie vor wesentlich darauf an, selbst unter völlig gewandelten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und weltpolitischen Rahmenbedingungen, den Geist des Erbes von Hermann Ehlers lebendig und aktuell zu halten. Rachel beendete seine Rede mit folgenden Worten von Hermann Ehlers: „Die Verantwortung, die die Menschen für sich, für ihre Bürger, für die Gemeinschaft des Volkes tragen, muss eine andere sein, wenn sie nicht meinen, dass mit dem Tode alles aus ist, sondern dass ein letztes Gericht und eine letzte Gnade auf sie wartet. Wo es keine große Hoffnung gibt, gibt es auch keine vernünftige Politik.“

Volker Kauder:

Mut, Innovationskraft, Patriotismus – Tugenden für Deutschland

Wie kommt Deutschland aus seiner Misere heraus? Dies ist die entscheidende Frage an die deutsche Politik, die von der Schröder-Regierung offensichtlich nicht beantwortet werden kann. Doch sie ist natürlich auch an die Union als Opposition gerichtet. Die richtige Antwort kann nur lauten, dass wir uns auf Tugenden besinnen müssen, die leider in den Hintergrund getreten, aber mehr denn je Erfolg versprechend sind:

- Mut, die notwendigen Dinge zu tun
- Innovationskraft, um Deutschland zu modernisieren
- Patriotismus, um sich für unser Land und seine Menschen einzusetzen.

Deutschland ist in einer Phase der Erschöpfung. Nach inzwischen 6 Jahren Schröder-Regierung leidet Deutschland an seiner Führung. Die Wirtschaft befindet sich seit 3 Jahren im Zustand der Stagnation. Die Schulden des Staates erreichen jedes Jahr eine neue Rekordhöhe. Die Arbeitslosigkeit steigt und steigt (obwohl sich Schröder daran messen lassen wollte!) und Deutschland wird in den europäischen Leistungs-



Volker Kauder

bilanzen nach unten durchgereicht. Die Schröder-Regierung lebt nur noch vom Prinzip Hoffnung:

Wenn der seit Jahren vergebens prophezeite Aufschwung kommt, werden sich auch die Umfragewerte verbessern; wenn die Wirtschaft wächst und neue Jobs entstehen, werden im Volk zudem die Schmerzen der Hartz-Gesetze nachlassen; auch manches Finanzproblem würde sich lösen. Kommt der Aufschwung jedoch nicht, droht der politische Untergang – leider nicht nur der von Schröder.

Die Behauptung der Schröder-Regierung stimmt nicht, die Wirtschaft sei bereits auf nachhaltigem Erholungskurs, die Sozialsysteme seien reformiert und die Erfolge würden

sich nun nach und nach einstellen. Eine Sozialreform, die von flächendeckender Beglückung der Menschen auf massive Hilfe für wirklich Bedürftige umstellt, ist bis zur Bundestagswahl 2006 nicht abzusehen.

Der Aufschwung bleibt labil und die Investitionsbereitschaft weiterhin gering. Die Massenarbeitslosigkeit ist zementiert, weshalb Schröder sie bezeichnenderweise gar nicht mehr erwähnt.

Mehr Mut

Helfen kann hier nur eines: wir müssen den Mut aufbringen, klar zu erkennen, was zu tun ist und diese Maßnahmen schnellstmöglich in die Tat umsetzen. Die Schröder-Regierung macht dies immer noch nicht, ganz im Gegenteil. Schröder wird schon als standfest angesehen, wenn er ein Gesetz, das er im Sommer durch den Bundestag bekommen hat nicht bis zum Herbst wieder aufgehoben hat (gemeint ist Hartz IV). In Wahrheit ist Schröder unter dem Druck der Widerstände gegen die Agenda 2010 weich geworden.

Alle weiteren Maßnahmen, die Deutschland dringend bräuchte, werden auf die Zeit nach der Wahl 2006 verschoben.

In der Pflegeversicherung setzt die Schröder-Regierung eine ordnungspolitisch unsinnige, minimalistische Finanzreform durch. Auch in der Absicherung des Zahnersatzes geht sie augenscheinlich in die Knie. Da die von Rot-Grün und Union beschlossene Zusatzversicherung verwaltungstechnisch schlampig umgesetzt war, wurde sie kurzerhand zum bürokratischen Monster erklärt. In einer Anhörung in diesen Tagen im Bundestag allerdings, wurde der Gesundheitsministerin von Experten Versagen nachgewiesen. Danach wäre nämlich eine unbürokratische Regelung der ursprünglich geplanten Versicherungslösung mit nur geringen Verwaltungskosten noch bis zum Sommer möglich gewesen. Nun soll eine Lösung erst kurz nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen in Kraft treten, die insbesondere die Rentner belastet und den Zahnersatz eben nicht ausgliedert, um so Lohnnebenkosten zu senken und Kassenbeiträge zu reduzieren, damit Arbeitsplätze sicherer werden.

Die maroden Systeme der Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung liegen auf dem Operationstisch und die Ärzte be-

schließen eine Pause von zwei oder gar mehr Jahren. Das Motto heißt: Modernisierung Deutschlands – ja vielleicht, aber erst nach der nächsten Wahl. Bis dahin werden politische Scheindebatten a la Bürgerversicherung oder über plebiszitäre Elemente im Grundgesetz zur Publikumsbeschäftigung vorgeführt. Schröders Agenda hat die Magersucht bekommen.

Die Hartz-Gesetze allein sind eine Crashreform. Sie beseitigen nicht die Umstände aus denen sie geboren wurden. Der Staat streicht den Arbeitslosen Geld, aber er lässt das System intakt, das die Arbeitslosen produziert. Die Hartz-Gesetze werden keine neuen Stellen schaffen, genauso wenig wie die überblähte Vermittlungsbürokratie, die zu 90% damit beschäftigt ist, sich selbst zu verwalten.

Mehr Ehrlichkeit

Was ist aber stattdessen ehrlicherweise zu tun, um Deutschland zu modernisieren? Ohne eine massive Deregulierung des deutschen Arbeitsmarktes werden die Reformen verpuffen. Der Arbeitsmarkt ist wie betoniert. Die Arbeitslosenzahlen sind im Sommer saison-untypisch so gut wie nicht gesunken. Daher muss die Arbeit dringend

durch die Senkung der Lohnnebenkosten und die Flexibilisierung der Tarifverträge verbilligt sowie durch Lockerung des Kündigungsschutzes überhaupt wieder zugänglich werden. Das Projekt Hartz IV, das manchen Bürger hart trifft, kann nur dann ein Erfolg für alle werden, wenn in einem zweiten Schritt der Arbeitsmarkt wirklich flexibilisiert wird. Wenn es nicht möglich wird, stärker als bisher bei Bedarf niedrigere Löhne und längere Arbeitszeiten zu vereinbaren, werden die neuen Jobs nicht entstehen, in die die Arbeitslosen durch die Kürzungen von Leistungen gebracht werden sollen. Neue Jobs können zudem nur entstehen, wenn der erste Arbeitsmarkt durch staatliche Lohnsubvention gefördert wird (Kombi-Löhne). Im Niedriglohnsektor sollten die Löhne für gering qualifizierte Arbeit auf das marktwirtschaftliche Niveau sinken; Einkommenseinbußen können sodann durch staatliche Zuschüsse abgefedert werden. Private Haushalte sind in diesem Bereich als Arbeitgeber anzuerkennen.

Bei den Sozialsystemen wiederum ist bestenfalls eine Atempause erreicht, die Fundamente bröckeln weiter. Es werden bisher und zum Teil mit Tricks nur die ärgsten finanziellen Lücken geschlossen. Übergreifende Konzepte liegen

längst vor. Mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen, eine längere Lebensarbeitszeit, es gibt viele wichtige Anstöße, zu denen die Schröder-Regierung schweigt. Wir müssen über ein Auslaufen der Altersteilzeitregelungen reden sowie Sozialplanvorschriften und Entgeltsicherungsklauseln überprüfen. Die Rentenabschläge für Vorruheständler sollten versicherungsmathematisch korrekt berechnet werden. Schließlich sind die Möglichkeiten, mit 60 Jahren in Rente zu gehen und gleichzeitig weiter zu arbeiten, zu überdenken. Die gesetzliche Krankenversicherung sollte über eine einkommensunabhängige Gesundheitsprämie finanziert werden, bei der ein sozialer Ausgleich aus Steuermitteln erfolgt. Der Arbeitgeberbeitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung ist dann an den Arbeitnehmer auszuzahlen.

Mehr Marktwirtschaft, weniger Bürokratie und niedrigere Steuern sind die Rezepte, die jetzt noch im Osten wie im Westen helfen können. Nach einer Studie des ZEW ist Deutschland nach der effektiven Steuerbelastung der Kapitalgesellschaften und Unternehmen in Deutschland im internationalen Vergleich immer noch an der Spitze. Demnach hat Deutschland mit einer Steu-

erbelastung von 36 % im Vergleich zu 28 % für Großbritannien, 23 % für Schweden oder 13 % für Irland einen eindeutigen Standortnachteil.

Die paritätische Mitbestimmung hat sich als ein Irrweg erwiesen, der Deutschland in der EU zunehmend isoliert und zum Problem deutscher Unternehmen wird. Um den Hemmnissen deutscher Mitbestimmung zu entgehen ziehen die Unternehmen aus Deutschland ab, um sich in anderen Mitgliedsstaaten oder außerhalb Europas niederzulassen. Damit gehen Deutschland nach und nach abertausende von Arbeitsplätzen verloren. Die Unternehmen sind also längst europäisiert ja globalisiert, aber es gibt kein einheitliches Unternehmensrecht in der EU. Grund ist, dass das deutsche Mitbestimmungsmodell für ein europäisches Unternehmensrecht tabu ist, da kein anderer Mitgliedstaat es will. Statt der paritätischen Mitbestimmung hätte bei der Einführung der Mitbestimmung eine soziale Befriedung durch eine bessere betriebliche Vermögensbildung verankert werden sollen. Die berechnete Forderung nach Mitbeteiligung der Arbeitnehmer in den Unternehmen könnte auch heute noch durch einen entsprechenden Systemwechsel erfüllt werden.

Patriotismus

Deutschland braucht einen unverkrampften, aufgeklärten Patriotismus. Und zwar Patriotismus, der sich durch Selbstvertrauen, Optimismus, Leistungsbereitschaft, Begeisterungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft für das Land und seine Menschen definiert. Aus ihm erwächst Gemeinsinn und Zusammenhalt. Ein guter Patriot denkt zuerst daran, was er für sein Land tun kann, statt sein Land für ihn. Gesunder Patriotismus liefert nicht nur Identität, sondern auch Perspektive. Derzeit besitzt Deutschland eine Regierung, die Verzweiflung bereitet, statt Perspektiven zu liefern. Daraus entsteht mangelndes Selbstvertrauen, Mutlosigkeit, Selbstpreisgabe und Angst vor der anstehenden Aufgabe der Modernisierung unseres Landes. „Deutschland“ löst sich auf durch Zuwanderung und mangelnde Integration. Die Deutschen haben jedoch allen Anlass, aber auch den hohen Bedarf, ihre wirtschaftliche und politische Verantwortung in Europa und in der Welt in die Hand zu nehmen. Gelingt uns dies, wird es hohen Lohn erbringen: für Deutschland und für Europa.

Volker Kauder ist Erster parlamentarischer Geschäftsführer der Bundestagsfraktion.

Studie über Einflussfaktoren auf Geburtenrate vorgestellt

Kinderlose führen als Gründe gegen eigene Kinder vor allem die Sorge vor materiellen Belastungen, die Kollision mit beruflichen Plänen, das Fehlen einer stabilen Partnerschaft und das Gefühl an, für Kinder noch zu jung zu sein. Nur eine Minderheit führt als Grund die unzureichenden Betreuungsmöglichkeiten an.

Dies ist eines der zentralen Ergebnisse einer Studie über Einflussfaktoren auf die Geburtenrate, für das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden württembergischen Landesregierung 1.257 repräsentativ ausgewählte Personen zwischen 18 und 44 Jahren in ganz Deutschland befragt hat.

Auf die Frage, welche Gründe für oder gegen Kinder sprächen und welche Voraussetzungen nach ihrer Ansicht erfüllt sein müssten, bevor sie sich für ein Kind entscheiden würden, nannten 84% eine stabile Partnerschaft; 72% erklärten, dass wenigstens einer der beiden Partner in einer gesicherten beruflichen Situation sein sollte; 25% mach-



Erwin Teufel

ten die Entscheidung für ein Kind vom Vorhandensein von Betreuungsmöglichkeiten abhängig.

Kinder – Eine Option unter mehreren?

Wie Professor Renate Köcher bei der Präsentation der Studie erläuterte, wünsche sich die große Mehrheit durchaus Kinder. Allerdings gehörten Kinder heute nicht mehr selbstverständlich zur Lebensplanung, sondern würden von vielen als eine Option unter mehreren gesehen. Entsprechend falle die Entscheidung oft durch das Abwägen mit anderen Lebensinhalten und -zielen. Problematisch sei vor allem das enge Zeitfenster, in dem

die Realisierung von Kinderwünschen erwogen werde. „Einer der Gründe, warum viele Paare entweder überhaupt keine Kinder oder nur ein Kind bekommen, liegt darin, dass unsere Gesellschaft die zeitliche Abfolge von Ausbildung, Berufseinstieg und Familiengründung in einem strikten ‚eins nach dem anderen‘ sieht“, sagte Prof. Köcher. Es wäre hilfreich, wenn es gelänge, aus diesem ‚Nacheinander‘ ein ‚Nebeneinander‘ zu machen.

„Kinderbetreuung in der Familie und mit Betreuungsangeboten ist sehr wichtig. Dieses Ergebnis zeigt aber deutlich, dass wir uns bei der Diskussion über die Gründe für den Geburtenrückgang nicht allein auf die Betreuungsfrage beschränken dürfen“, erklärte der baden württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel. Wenn wir heute jungen Menschen das ‚Ja zum Kind‘ erleichtern wollen, brauchen wir einen breiteren politischen Ansatz. Nötig sind differenzierte Angebote, die sich an der Lebenswirklichkeit, an den wirklichen Wünschen und den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren.“



Annette Widmann-Mauz

Betreuung und finanzielle Sicherheit für Familien – zwei Seiten der Medaille

Nach der aktuellen Altsbach-Studie „Einflussfaktoren auf die Geburtenrate“ rangiert die Aussage „meine beruflichen Pläne vertragen sich nur schwer mit einem Kind“ auf Platz 3 der Gründe, die aus Sicht von Kinderlosen gegen Kinder sprechen (37% der Befragten). Auf Platz eins der Gründe findet sich die Aussage „ein Kind wäre eine zu große finanzielle Belastung“ (47% der Befragten).

Diese Ergebnisse lassen mehr als aufhorchen. Sie zeigen deutlich, dass die mangelhafte Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Befragten ein zentrales Moment bei der Entscheidung contra Kind darstellt. Junge Menschen von heute

wollen mehrheitlich weder berufliche Pläne hinten anstellen noch Gehaltseinbußen durch allzu lange berufliche Abstinenz hinnehmen. Dies gilt für Frauen und Männer.

Bei der langen Liste der von den Befragten angegebenen Voraussetzungen für ein Kind fordern 25 % der Befragten die Sicherung der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Selbstverständlich rangiert diese Forderung nach der Voraussetzung, eine stabile Partnerschaft mit beiderseitigem Kinderwunsch zu haben und eine gesicherte berufliche Situation erreicht zu haben. Das lässt die Forderung nach gesicherter Betreuung aber nicht in den Hintergrund treten. Denn hier wird ein Bereich angesprochen, bei dem sich die Politik einbringen kann und muss.

Moderne Familienpolitik muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Vor dem Hintergrund der aktuellen Studie sind die Schaffung bedarfsgerechter Betreuungsmöglichkeiten und die Stärkung der finanziellen Sicherheit von Familien zwei Seiten derselben Medaille. Frauen und Männer wollen erwerbstätig sein und sich dadurch finanziell absichern. Um sich für die

Gründung einer Familie zu entscheiden, brauchen sie deshalb die geeigneten Rahmenbedingungen, um Erwerbsarbeit und Familie vereinbaren zu können: bei ihrem Arbeitgeber, durch eine gezielte materielle Entlastung von Familien durch den Staat und nicht zuletzt durch bedarfsgerechte Betreuungsangebote. Das eine bedingt das andere und ist alleine nicht ausreichend.

Angesichts der allorts angespannten Haushaltslage ist es der falsche Ansatz, allein darauf zu setzen, dass der Staat das Bedürfnis nach finanzieller Sicherheit von Familien gänzlich befriedigen kann. Dieser Versuch kann nur zum Scheitern verurteilt sein. Vielmehr muss erreicht werden, dass Mütter und Väter die geeigneten Rahmenbedingungen vorfinden, um einer Erwerbsarbeit nachgehen und gleichzeitig für ihre Familie da sein zu können. Auf diesem Wege kann die Angst vor einer zu großen finanziellen Belastung durch Kinder ausgeräumt werden. Zudem ist es in Zeiten hoher Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt für Familien sicherer, sich auf zwei berufliche Standbeine verlassen zu können. Ferner ist angesichts der demographischen Entwicklung in

Deutschland die Stärkung der Frauenerwerbstätigkeit unverzichtbar.

Die Menschen wollen nicht an den Tropf staatlicher Unterstützung, sondern ein selbst bestimmtes Leben gestalten. Sie wollen ein Leben mit Kindern und mit der Freiheit, sich für Beruf und Familie entscheiden zu können. Ein erfreuliches Ergebnis der Studie ist, dass sich junge Menschen mehrheitlich Kinder wünschen. Deshalb brauchen wir mehr Wahlfreiheit für Mütter und Väter in einer familienfreundlicheren Gesellschaft, in der Politik, Wirtschaft und Hochschulen an einem Strang ziehen.

Denn die Studie zeigt zudem deutlich auf, dass sich eine moderne Familienpolitik nicht nur auf die Bedarfslage gut situerter Paare um die 30 konzentrieren darf, sondern gerade jüngere Menschen im Studium oder in der Ausbildung in den Blick nehmen muss. Eine strikte Nacheinanderabfolge von Ausbildung, Berufseinstieg und Familiengründung muss durch ein „Nebeneinander“ ersetzt werden. Hier muss die Politik flankierende Maßnahmen anbieten und gemeinsam mit der Wirtschaft und den Hochschulen auf eine familienfreundlichere Einstellung

■ Gründe, die aus der Sicht von Kinderlosen gegen Kinder sprechen

Frage: "Egal, ob man sich Kinder wünscht oder nicht, kann es ja ganz verschiedene Gründe geben, die gegen ein Kind sprechen. Was spricht in Ihrer derzeitigen Situation gegen ein Kind?"

Ein Kind wäre eine große finanzielle Belastung	47%
Ich fühle mich noch zu jung dafür	47
Meine beruflichen Pläne vertragen sich nur schwer mit einem Kind	37
Ich habe bisher noch nicht den/die passende(n) Partner(n) gefunden	28
Ich möchte möglichst viele Freiräume haben, mich nicht einschränken müssen	27
Ich habe viele Interessen, die sich mit einem Kind nur schwer vereinbaren lassen	27
Kinder sind anstrengend, ich weiß nicht, ob ich die Kraft und Nerven dazu hätte	27
Ich möchte möglichst unabhängig sein	26
Ich hätte dann weniger Zeit für Freunde	19
Ich weiß nicht, ob wir zusammenbleiben, ob unsere Beziehung stabil ist	17
Ich/mein(e) Partner(in) hätte berufliche Nachteile, wenn wir ein Kind bekämen	16

© IFO-Altenbach

■ Gründe, die aus der Sicht von Kinderlosen gegen Kinder sprechen

Unsere jetzige Wohnung ist zu klein für ein Kind	15%
In der heutigen Welt gibt es zu viele Probleme wie Umweltverschmutzung, Kriege usw.	15
Die beruflichen Pläne meines Partners/meiner Partnerin vertragen sich nicht mit einem Kind	14
Es wäre schwer, die Betreuung des Kindes sicherzustellen	14
Ich hätte Angst, daß das Kind krank oder behindert zur Welt käme	13
Ich traue mir nicht zu, ein Kind zu erziehen	12
Ich konnte mich lange Zeit nicht entschließen, und jetzt fühle ich mich zu alt dafür	6
Mein(e) Partner(in) möchte kein Kind haben	6
Wir können aus gesundheitlichen Gründen keine Kinder bekommen	4
Ein Kind würde mich/meine Partnerin gesundheitlich stark belasten	3

Basis: Bundesrepublik Deutschland, 18- bis 44-jährige Kinderlose
Quelle: Altenbacher Archiv, IFO-Umfrage 5177

© IFO-Altenbach

lung hinwirken. Eine familienfreundlichere Gesellschaft ist die Grundbedingung für mehr Kinder in Deutschland. Allein wegen ein paar Euro mehr oder weniger staatlicher Unterstützung wird kein Kind mehr das Licht der Welt erblicken.

Wir brauchen deshalb eine moderne Familienpolitik, die an den Strukturen ansetzt.

Annette Widmann-Mauz ist die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Maria Böhmer

Ethikrat bleibt auch beim Biopatentschutz Antwort schuldig

Erklärung zur Stellungnahme des Nationalen Ethikrates zur Patentierung biotechnologischer Erfindungen:

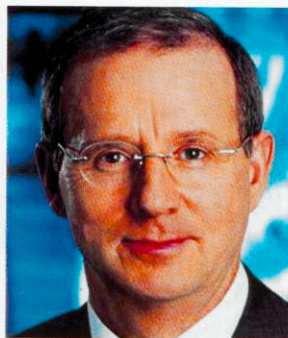
Bis zum Jahr 2000 hätte die Umsetzung der europäischen Biopatentrichtlinie in deutsches Recht erfolgen müssen. Für die unternehmensschädliche Verschleppung ist die Bundesregierung allein verantwortlich. Sie darf die heutige Veröffentlichung des Ethikrates keinesfalls zum Anlass nehmen, die dringend notwendige Fortentwicklung des Patentrechtes noch weiter zu verzögern. Die Stellungnahme des Nationalen Ethikrates zur Patentierung biotechnologischer Erfindungen stiftet eher Verwirrung und ist daher

verzichtbar. Im Ergebnis bedient der Ethikrat die Erwartungen seines Auftraggebers, indem er vorschlägt, auf eine gesetzliche Begrenzung des Patentschutzes zu verzichten.

Dies ist jedoch der falsche Weg! Der Gesetzgeber muss selbst die Reichweite des Patentschutzes bestimmen. Die CDU/CSU-Fraktion hat in ihrem Antrag 15/1024 ein funktionsbeschränktes Stoffpatent vorgeschlagen. Es schützt genau das, was patentiert werden soll und geschützt werden muss: Die gentechnische Anleitung, um im menschlichen Organismus eine ganz bestimmte Wirkung zu erzielen. Technische Anleitung und konkrete Wirkung gehören zusammen. Deshalb begrenzen wir in unserem Gesetzesentwurf – ausschließlich bei der menschlichen Gensequenz – den Stoffschutz auf eine konkrete gewerbliche Anwendbarkeit.

Die Funktionsbegrenzung des Stoffschutzes vermeidet Überbelohnungen und sichert damit die Chance gerade kleiner und mittlerer Unternehmen auf Erstpatente.

Maria Böhmer ist die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.



Dietrich Austermann

So viel kosten uns Rot-Grün wirklich

Erklärung zum Nachtragshaushalt für das Jahr 2004:

Mit dem Nachtrag steigt die Kreditaufnahme des Bundes um 14,4 Mrd. € auf den Rekordwert von 43,7 Mrd. €. Wer glaubt, damit seien die Kosten des rot-grünen Versagens in der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik vollständig erfasst, der irrt! Indirekt deutet die Nachtragsvorlage das tatsächliche Ausmaß der Kosten an. Mit Blick auf die „Gesamtwirtschaftliche Ausgangslage“ heißt es, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands sei in „starkem Maße durch die ungewöhnlich lange fast dreijährige Stagnationsphase geprägt, die im wesentlichen durch externe Faktoren verursacht worden“ sei.

Tatsächlich wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland in den drei Jahren 2001 bis einschließlich 2003 um nur 0,9 %. Im gleichen Zeitraum wuchs das reale BIP in Großbritannien um 6,2 %, in den Vereinigten Staaten um 5,8 % und selbst im deflationsgeplagten Japan noch um 2,6 %.

Entgegen der Nachtragsvorlage kann also keine Rede davon sein, die deutsche Wirtschaft sei „auf Grund ihrer intensiven außenwirtschaftlichen Verpflichtungen (gemeint sind wohl: Verflechtungen) in besonderem Maße von der weltwirtschaftlichen Abkühlung betroffen“.

Hätte Deutschland zwischen 2001 und 2003 das gleiche reale Wirtschaftswachstum erreicht wie Großbritannien, läge unser aktuelles Bruttoinlandsprodukt um mehr als 100 Mrd. € höher.

Die wirtschafts- und haushaltspolitischen Rohrkrepierer Schröder und Eichel kosten Deutschland allein mit Blick auf ihr Versagen in den letzten drei Jahre gut und gerne 100 Mrd. € – und zwar jährlich.

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Fraktionssprecher.



Hartmut Koschyk



Clemens Binninger

Sicherheit der Fußball-WM nicht ausreichend gewährleistet

Erklärung anlässlich der Präsentation von Konzept und Rahmenbedingungen zur Auftaktveranstaltung der Weltmeisterschaft 2006:

Bundesinnenminister Otto Schily erweckt den Eindruck, als sei eine erfolgreiche und friedliche Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland vorprogrammiert. Probleme im Hinblick auf die Sicherheit bei der Fußball-WM 2006 werden nicht erkannt. Das ergibt sich im Übrigen auch aus den Antworten der Bundesregierung zu den von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Kleinen Anfrage „Voraussetzungen für eine friedliche Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland schaffen“ aufgeworfenen 65 Fragen. Bundesinnenminister Schily schätzt die Gefahrenlage bei der Fußball-WM 2006 nicht richtig ein. Der Verweis auf das von einem Bund-Länder-Aus-

schuss vorzubereitende Gesamtkonzept für ein nationales Sicherheitskonzept WM 2006 und dessen avisierte Fertigstellung im Jahre 2005 ist unbefriedigend. Ungeklärt

ist, wie eine den Anforderungen des Ereignisses und der öffentlichen Sicherheit genügende Kommunikation zwischen allen beteiligten Sicherheitskräften und Ordnungsdiensten funktionieren soll. Den BOS-Digitalfunk wird es zur Fußball-WM definitiv nicht geben.

Die Antwort zur Frage des Einsatzes der Bundeswehr mit dem Verweis auf die verfassungsrechtlichen Vorgaben ist angesichts der vielfachen Bemühungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu schaffen nur als Zynismus zu verstehen. Nach der derzeitigen Rechtslage können die Streitkräfte ihren Beitrag im Wesentlichen nur durch technische Unterstützungen leisten. Um die ungeheueren Herausforderungen einer Weltmeisterschaft bewältigen zu können, bedarf es eines weitergehenden Einsatzes. Rot-Grün hat es bis heute versäumt, die notwendigen rechtlichen Vor-

aussetzungen zu schaffen. Auch die heutige Vorstellung der feierlich-künstlerischen Auftaktveranstaltung zeigt, dass die Befürchtungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Hinblick auf die Sicherheit 2006 in Deutschland berechtigt sind. Wesentlich für den Erfolg der Weltmeisterschaft in Deutschland sind nicht die künstlerisch angereicherten Feierlichkeiten, sondern die Gewährleistung des Schutzes der Veranstaltungen und ihrer Gäste.

Hartmut Koschyk ist erklärender innenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, **Clemens Binninger** ist der zuständige Berichterstatter.

Schulden nicht wahllos erlassen

Stellungnahme zur neuen Entschuldungsinitiative Großbritanniens auf der zu Ende gegangenen Herbsttagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank:

Hinter der Initiative Großbritanniens zur Begleichung von zehn Prozent der Schulden armer Entwicklungsländer bei der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank aus der Tasche der Geber mag eine wohlmeinende Absicht stecken. Gleichwohl ist die Initiative abzulehnen. Denn es entsteht kein nachhaltiger Nutzen



Christian Ruck

für arme Länder, wenn diesen wahllos die Schulden erlassen werden. Nur eine zielgerichtete und konditionierte Entschuldungspolitik, die Druck in Richtung Gute Regierungsführung sowie transparente und solide Haushaltspolitik ausübt, kann diese Länder aus der Verschuldungsfalle erlösen. Die von der damaligen CDU/CSU-geführten Bundesregierung mitinitiierte HIPC-Entschuldungsinitiative beherrzt dies. Bevor man weitere Entschuldungsinitiativen startet, sollte man erst deren Ergebnisse analysieren.

Mit schnellen Entschuldungsforderungen sollte man aber vorsichtig sein bei potentiell reicheren Entwicklungsländern wie dem Erdöl produzierenden Irak, die zumindest mittelfristig eine Schuldentrückzahlung erhoffen lassen.

Christian Ruck ist der entwicklungspolitische Fraktions-sprecher.

MERKEL TRIFFT NATO-GENERALSEKRETÄR

Anlässlich seines Berlin-Besuches traf Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer die CDU-Partei und Fraktionsvorsitzende zu einem bilateralen Gespräch.

Mit einem Überblick über die aktuelle Entwicklung in Afghanistan, dem Irak und Kosovogabde Hoop Scheffer seine aktuelle Einschätzung zu den für die Nato zur Zeit wichtigsten Krisenherden der Weltpolitik wieder. Der Generalsekretär sprach der CDU/CSU-Fraktion im Deut-



schon Bundestag seine Hochachtung für ihre verantwortungsvolle Zustimmung zum weiteren Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan im Rahmen des ISAF-Mandates aus. De Hoop Schaeffer war an Abend des selben Tages Hauptredner bei der traditionellen Manfred-Wörner-Memorial-Lecture.



Parkscheibe „Mit uns fährt man besser“

Bestell-Nummer: **9814**

Preis je **100 Stück: 28,63 €**

inkl. MwSt.: 33,21 €



Sonderpreis

Straßenatlas Deutschland

Mit Durchfahrtsplänen der Ballungszentren

Bestell-Nummer: **9260**

Preis je **10 Stück: 10,00 €**

inkl. MwSt.: 11,60 €



Sonderpreis

Multifunktions-Card – mit Lupe und Kompass

Der Praktiker für unterwegs mit 12 verschiedenen Funktionen.

Bestell-Nummer: **9826**

Preis je **5 Stück: 7,00 €**

inkl. MwSt.: 8,12 €



Sonderpreis

Kleiner Ball – als Doppelpack – schon aufgepumpt

Bestell-Nummer: **9824**

Preis je **2 Bälle: 6,00 €**

inkl. MwSt.: 6,96 €

Windbreaker „CDU“

100% Nylon, dunkelblau, Futterstoff dunkelblau: 65% Polyester 35% Baumwolle. Ausstattung: Vorder- und Taschenreißverschluss, Bündchenregulierung durch Zugband mit Stopper und integrierter Kapuze.

Größe L: Bestell-Nummer: **9840**
 Größe XL: Bestell-Nummer: **9841**
 Größe XXL: Bestell-Nummer: **9842**
 Preis je **Windbreaker: 12,80 €**
 inkl. MwSt.: 14,85 €



Sonderpreis

Restposten

T-Shirt „CDU“

nur noch Größe XXL

Bestell-Nummer: **9838**
 Preis **1 T-Shirt: 5,00 €**
 inkl. MwSt.: 5,80 €



Baseball-Cap „CDU“

100% BW, dunkelblau, auf Kopfgröße einstellbar, Schirm individuell formbar.

Bestell-Nummer: **9839**
 Preis je **10 Stück: 27,00 €**
 inkl. MwSt.: 31,32 €



Sonderpreis

CDU-Baseballcap

Bestell-Nummer: **9656**
 Preis je **10 Stück: 27,00 €**
 inkl. MwSt.: 31,32 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Neu!



Vitaminbonbons

3g Minibonbon

Bestell-Nummer: **9177**

Preis je **1 kg (ca. 333 Bonbons): 8,00 €**

inkl. MwSt.: 8,56 €



Vitaminbonbon – Set

3 kg Bonbons + Bonbonschüttglas
im Karton

Bestell-Nummer: **9178**

Preis **3 kg + Glas: 24,00 €**

inkl. MwSt.: 25,68 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de